

1. **Auftraggeber:** Name: Referat ZT 6, Vergaben
 Straße: Platz der Republik 1
 Ort: Berlin
 PLZ: 11011
 Telefon: +49 30-227-33234
 E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
 Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2013-005-16-ZT530
 (bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Lieferung von LED-Umrüstsätzen für Piktogramme mit
 Seitenlichteinkoppelung
 Das Auftragsvolumen umfasst die Lieferung von
 insgesamt 288 Willing-Umbausätzen mit Ceag (von
 Carat LL ZB zu Carat LED ZB), Lichtfarbe 3500K,
 Artikelnummer: 902.00U oder gleichwertiger Art, für
 folgende Anschlüsse:
- 54 Stück für Anschluss: Wago 277
 - 44 Stück für Anschluss: Wago 272
 - 190 Stück für Anschluss: Wago 294.
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
 (Neben Einzellosen können auch
 mehrere oder alle Lose angeboten
 werden)
- d) **Lieferort:** Technisches Lager des Deutschen Bundestages
 Schiffbauerdamm 22, 10117 Berlin
- e) **Lieferfrist:** Beginn: ..
 Ende: ..
- Bemerkung zur Lieferfrist: maximal 6 Wochen nach
 Abruf
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 27.02.2013 00:00:00
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- Kontonummer
- BLZ
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 27.02.2013 12:00:00 Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine

7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend

9. **Mindestbedingungen** (Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):

a) k.A.

b) - Vergleichbare Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren

c) k.A.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben.

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).

- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 100.000 Euro für Personen- und Sachschäden; Laufzeit mindestens entsprechend des Vertragszeitraums)

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

- Zu den angebotenen Produkten sind aussagekräftige Prospekte inklusive technischer Beschreibung sowie Abbildung der Produkte beizufügen

.....

10. **Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 28.03.2013

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

- | | | |
|------------|--|--|
| 11. | Zuschlagskriterien: | Preis |
| 12. | Nebenangebote/
Änderungsvorschläge: | nicht zugelassen |
| 13. | Sonstige Angaben: | Bieterfragen werden grundsätzlich nur bis zum 20.02.2013 beantwortet. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle. |